

Jörg Becker: NGOs im Geflecht von Kriegspropaganda*

1. Zur Entmythologisierung von NGOs

„Sie sind das gute Gewissen, wenn der Staat versagt: Nicht-Regierungsorganisationen“ (Herkendell 2003, 17). Diese höchst normativ aufgeladene Einschätzung der politischen Rolle von NGOs durch eine Journalistin spiegelt sich auch in der allgemeinen Bevölkerung wider. Während Greenpeace und ADAC im Urteil der deutschen Bevölkerung weit vor politischen Parteien, Kirche und Gewerkschaft das größte institutionelle Vertrauen genießen (McKinsey 2003), sind NGOs nach einer Bewertung von 850 befragten europäischen und US-amerikanischen Managern „auf dem besten Wege, internationale Super-Marken zu werden (Hoursch/Klenk 2002, 138). Auch in der Sozialwissenschaft herrscht dieses positive Bild der NGOs vor. Bei dem Schweizer Soziologen Jean Ziegler mutieren die NGOs gar zu „globalen Widersachern“ (Ziegler 2005). Auch und gerade die Friedensforschung teilt und perpetuiert dieses idealistische Bild von den NGOs. Besonders deutlich wird dies in den Arbeiten des Duisburger Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF). So sieht z. B. dessen Mitarbeiter Dirk Messner in den NGOs die „fünfte Säule“ der Weltpolitik neben der Legislative, der Exekutive, der Judikative und den Medien (zit. nach Stickler 2005, 29).

Freilich hatte sich bereits 1844 der Sozialphilosoph Karl Marx in seinem Essay über „Idee und Interesse“ vehement von solchen idealistischen Analyse gesellschaftlicher Zusammenhänge distanziert, indem er trocken und nüchtern ausführte: „Die ‚Idee‘ blamierte sich immer, soweit sie von dem ‚Interesse‘ unterschieden war“ (Marx 1953, 319). Weder gilt es dem „Tugendterror“ (Hegel) der NGOs aufzusitzen, noch kann es in der Politikwissenschaft eine von der zentralen Kategorie „Interesse“ freie Analyse geben. Was also sind NGOs und was sind deren Interessen im 21. Jahrhundert?

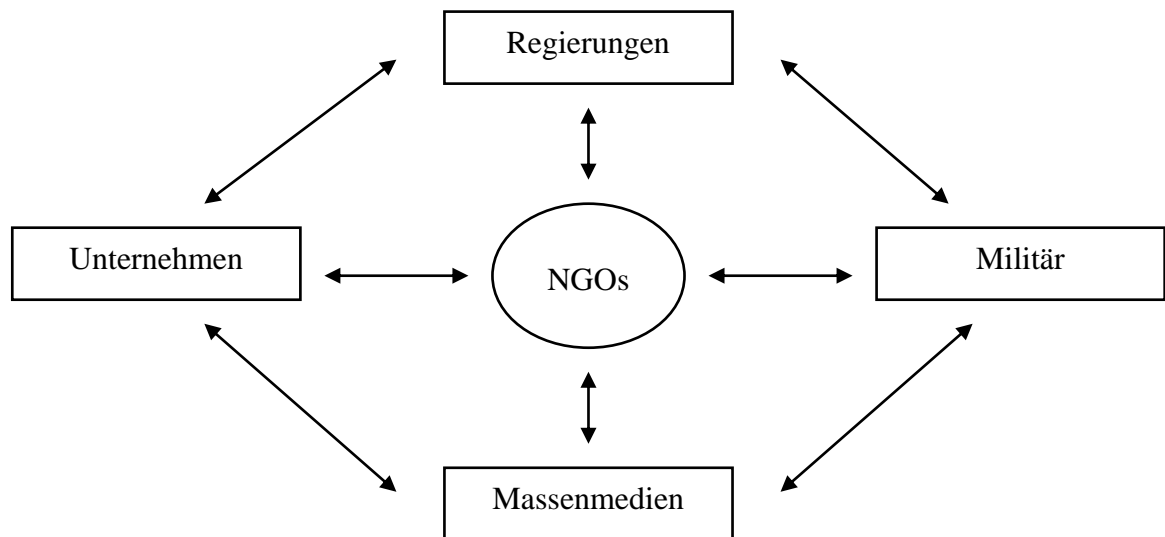
Nach ihrem Eigenverständnis haben NGOs folgende Ansprüche an sich selbst: Staats- und Regierungsunabhängigkeit, Non-Profit-Orientierung, Wahrnehmung nur öffentlicher Interessen, Universalität und Gemeinnützigkeit ihrer Werte, politische Ziele und freiwilliger Ressourcenzufluss (Take 2002, 42). Thematisch engen sich die meisten NGOs auf Ökologie, Menschenrechte, Entwicklung, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Gender ein (Schrader 2000, 30). Allerdings bricht sich dieses Selbstbild der NGOs erheblich an der Realität, und es bricht sich vor allem dann, wenn man die genannten, aber veralteten Selbstbilder mit einer gegenwärtigen Wirklichkeit in Bezug setzt. Zwar mögen NGOs von sich selbst gerne sagen, sie stünden jenseits von Markt und Staat, doch sieht die Wirklichkeit anders aus.

Befragt man NGOs nach den psychologischen, organisationstheoretischen, soziologischen und herrschaftstheoretischen Bedingungen ihrer Existenz und ihres gesellschaftlichen Handelns, dann gilt es zunächst einmal festzuhalten, dass sie Ausdruck einer gesellschaftlichen Legitimationskrise sind. Während das Verhältnis zwischen Herrschern und Beherrschten zunehmenden Brüchen, Belastungen und Krisen unterworfen ist - die berühmten Habermas'schen Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus (Habermas 1973) - füllen NGOs die dadurch entstandene Legitimationslücke entweder von unten (soziale Bewegungen) auf oder werden als politisches Instrument der Konfliktharmonisierung und -verschleierung von oben (Sozialpartnerschaft) initiiert. „Kauf dir eine Volksabstimmung“ nannte dementsprechend und mit guten Gründen der österreichische Publizist Markus Wilhelm die zahlreichen Manipulationszusammenhänge anlässlich der EU-Volksabstimmung in Österreich 1995 (Wilhelm 1997).

In Gesellschaften, in denen sich für das Individuum Sinn nicht mehr über die alten Medien Religion, Politik oder Markt vermittelt (vermitteln kann), stehen NGOs wie in Abbildung 1 (auf einmal) in der Mitte aller gesellschaftlichen Austausch- und Vermittlungszusammenhänge. Freilich herrschen zwischen den NGOs und allen vier

* Dieser Artikel stützt sich auf Forschungsergebnisse aus dem von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) in Osnabrück geförderten Projekt „Die Informationskriege um den Balkan seit 1991“.

Abbildung 1: Das gesellschaftliche Umfeld von NGOs



gesellschaftlichen Teilsystemen (Regierungen, Unternehmen, Militär, Medien) völlig normale und in der Sozialwissenschaft gut bekannte, aber zu entmythologisierende, Markt- und/oder Bürokratiestrukturen. Einige Beispiele mögen diese Beziehungen illustrieren.

1. Ebene Unternehmen-NGOs

Der Energiekonzern RWE-Rheinbraun organisierte und bezahlte 1995 eine politische Demonstration seiner Mitarbeiter und Gewerkschaftsmitglieder gegen die Rot-Grüne-Regierung vor dem Landtag in Düsseldorf, in dem er die Kosten für den Druck der Flugblätter, die Herstellung der Transparente und die Fahrtkosten für Busse übernahm.

Wo NGOs nach normalen Kriterien eines Unternehmens geführt werden, wird ein Elitentausch normal. Nach seiner Karriere bei der Weltbank und in der Metallindustrie wurde der Manager Thilo Bode 1989 Geschäftsführer von Greenpeace Deutschland und 1995 Executive Director für Greenpeace International. Seit 2002 ist Bode Geschäftsführer der neuen Verbraucherschutzorganisation Foodwatch. Ein ähnliches Karrieremuster zeigt der Lebenslauf von Peter Eigen. Zunächst als Manager bei der Weltbank tätig, verließ er diese 1991 und gründete 1993 in Berlin die NGO Transparency International. Solche Personalkarrieren resümierend heißt es in einer französischen Studie: „Auch die großen NGOs suchen sich ihre jungen Spezialisten unter den besten Absolventen der US-amerikanischen Ivy-League-Universitäten [...], die - Noblesse oblige - schon immer einen Hang zu Idealismus und Universalismus hatten“ (Dezalay/Garth 2005, 23).

Dass es weit jenseits solcher einzelnen Beispiele inzwischen einen symbiotischen Zusammenhang zwischen Unternehmen und NGOs gibt resp. geben sollte, zeigt eine 2003 veröffentlichte Studie der Fa. SustainAbility Ltd., die von UN Global Compact und der UNEP in Auftrag gegeben wurde (SustainAbility 2003). Diese Studie empfiehlt, dass zukünftige NGOs das konfrontative Politikmodell des 20. Jahrhunderts aufgeben und sich zusammen mit Regierungen und Unternehmen einer höchst professionellen Reform von Marktssystemen widmen müssten.

2. Ebene Regierungen-NGOs

Der Begriff „Jubelperser“ steht für die von der iranischen Regierung bezahlten Demonstranten gegen linke Studenten bei der Anti-Schah-Demonstration im Juni 1967 in Berlin und bringt einen systemischen Gedanken gut auf den Begriff: Regierungen kaufen sich auf dem Markt soziale Protestformen je nach Notwendigkeit ein. Die Liste von vielen von Regierungen eingekaufter vergleichbarer „Jubelperser“ ist lang. Insgesamt ist das Beziehungsgeflecht zwischen Regierungen und NGOs sehr alt, sehr dicht, intransparent und von informellen Personalstrukturen abhängig und ausgesprochen wirkmächtig. Es reicht von der Gründungshilfe der CIA bei der Gründung der

deutschen Sektion von Amnesty International (Schmidt-Eenboom 2004, 351ff.) über die Tatsache, dass sich 1999 das Budget der NGO Germanwatch zu 70% aus öffentlichen Zuweisungen zusammensetzte bis hin zu dem von den NGOs als Durchbruch erzielten Umweltgipfel der UNCED in Rio de Janeiro 1992, an dem sich 1.400 NGOs registrieren ließen.

Eine Symbiose zwischen Regierungen und NGOs zeigt sich nicht zuletzt an zahlreichen Entscheidungen europäischer Regierungen in den ex-jugoslawischen Bürgerkriegen. Da wurde Bernard Kouchner aus Frankreich - Vorsitzender einer kommunistischen Studentengruppe, Gründer und Präsident der NGO „Ärzte ohne Grenzen“ von 1999 bis 2001 und französischer Gesundheitsminister - zum Speziellen Repräsentanten von UN-Generalsekretär Kofi Annan und Chef der UNMIK im Kosovo ernannt und da sitzen im Executive Board des für die gegenwärtige Balkan-Politik so mächtigen Think Tank International Crisis Group mit Sitz in Brüssel, der sich so gerne als neutrale NGO geriert, fast ausschließlich Politiker und Militärs, nämlich die früheren Staats- oder Ministerpräsidenten Martti Ahtisaari (Finnland), Wim Kok (Niederlande), Ruth Dreifuss (Schweiz) und Mark Eyskens (Belgien), mächtige Politiker wie Uffe Ellemann-Jensen (Dänemark), Carla Hills (USA) und Emma Bonino (Italien) oder Militärs wie Wesley Clark, der frühere NATO-Oberkommandierende in Europa.

3. Ebene Medien-NGOs

Ein international renommierte Kommunikationswissenschaftler wie Ignacio Ramonet und gleichzeitiger Chefredakteur von „Le Monde Diplomatique“ musste genau wissen, was er tat, als er 1987 mit einem Artikel in seiner eigenen Zeitung den Anstoß zur Gründung der NGO attac gab. Und diese Zeitung ist beileibe nicht das einzige Massenmedium, das sich einer NGO sehr verbunden fühlt oder sich zu Image- und PR-Zwecken gar eine eigene NGO gründet. Es ist die äußerst knappe Ressource Aufmerksamkeit (Franck 1998), die die NGOs zu einer symbiotischen Kooperation mit den Massenmedien zwingt. Die vielfältigen Medienbeiträge und Fotoreportagen von NGOs aus Kriegs- und Krisengebieten sind primär nicht einem journalistischen Ethos verpflichtet, wohl aber dem bezahlten und messbaren Effizienzkriterium einer PR-Strategie, der es darum geht, dass ein Medienrezipient Name und Image einer NGO mit „guten Taten“ assoziiert. In Bezug auf die Rolle der NGOs bei der Kriegsberichterstattung im Bosnien-Krieg resümiert Christian Ondracek eine Befragung von Journalisten in Sarajewo mit folgenden Worten: „Nicht immer waren die vermeintlich unabhängigen NGOs die ertragreichsten Quellen. [...] NGOs sind die Vermittlungsagenturen für die soziale Katastrophe. Dem Korrespondenten kann das nur recht sein“ (Ondracek 2001, 112 und 116).

NGOs arbeiten heute professionell mit PR-Agenturen zusammen. So gewann z. B. die NGO Terre des Hommes gemeinsam mit der Agentur Hill & Knowlton 2004 den Zimpel Award der deutschen PR-Wirtschaft für die beste langfristige PR-Strategie. Pecunia non olet: In der Welt der PR-Agenturen kann Geld nicht stinken. So heizte dieselbe Firma Hill & Knowlton 1990 im Auftrag der Regierung von Kuwait den US-amerikanischen Krieg gegen den Irak dadurch an, dass sie eine Gewalt förderliche Medienkampagne gegen dieses Land initiierte - 2004 verantwortete eben dieses Unternehmen Hill & Knowlton im Auftrag von Terre des Hommes eine Medienkampagne gegen Gewalt gegen Kinder.¹ Andere NGOs wie Greenpeace vergeben weniger PR-Aufträge nach draußen, sondern haben hausintern PR-Spezialisten angestellt. So schreckte die aktionsorientierte NGO Greenpeace bei der zur Debatte stehenden Versenkung der Ölplattform „Brent Spar“ 1995 auch nicht vor übelsten Medienmanipulationen zurück. Die selbsternannten „Krieger des Regenbogens“ von Greenpeace spielten sehr effektiv auf der Medienklaviatur von Reality-TV, Event-Marketing und Entertainment für das heimische Pantoffelkino (Rossmann 1992; Schubert 2000; Jordan 2001).

Jenseits solcher Einzelbeispiele ist das Verhältnis der beiden Teilsysteme Medien und NGOs

¹ In den USA erzielte die britische PR-Agentur Hill & Knowlton ihren Marktdurchbruch mit Wahlkampagnen für mehrere republikanische Präsidentschaftskandidaten. Aber auch John F. Kennedy und Bill Clinton haben sich von dieser Agentur beraten lassen. Inzwischen gilt Hill & Knowlton in Washington als die mächtigste Polit-Agentur (vgl. Trento 1992).

zueinander so intim, dass beide wie siamesische Zwillingen miteinander zusammen gewachsen sind. Wie der Terrorist die Medienöffentlichkeit braucht, um mit dieser kommunizieren zu können, so brauchen auch NGOs die massenmediale Öffentlichkeit, um auf sich aufmerksam zu machen. Wie eng und symbiotisch das Verhältnis Medien zu NGOs ist, kann man an den folgenden drei Momenten ablesen. 1. Wer als NGO im Sinne der Resolution 1296 (XLIV) des Wirtschafts- und Sozialrats der UN (ECOSOC) von 1968 anerkannt werden will, darf „den freien Informationsfluss“ nicht behindern - ungehindert des Herrschaftscharakters gerade dieses Rechtsprinzips (Schiller 1975). 2. Bei der in den letzten zwei Dekaden erfolgten Abkoppelung der NGOs von ihren jeweiligen sozialen Bewegungen spielte die Medienfrage eine herausragende Rolle. Mobilisierten NGOs früher Menschen, so betreiben sie heute mediale Öffentlichkeitsarbeit - gab es früher den sozialen Kontext von direkter Nachbarschaft, so substituieren heutige NGOs soziale Austauschprozesse durch eine anonymisierte Internet-Community.²

4. Ebene Militär-NGOs

Das Verhältnis von Militär zu NGOs ist enger als allgemein vermutet, haben sich doch die Auslandseinsätze im Katastrophenfall und/oder nach dem Ende kriegerischer Kampfhandlungen der rund 60.000 in der Datenbank der Union of International Associations (UIA) erfassten internationalen NGOs in den letzten Dekaden enorm erhöht. Bei diesen Auslandseinsätzen sind NGOs auf den Schutz von Militärs angewiesen. Im Kampf um Standorte, infrastrukturelle Ressourcen (Wasser, Elektrizität, usw.) und Zugänge zur Zielgruppe der miteinander um Aufmerksamkeit, Image, Spendengelder und öffentliche Zuschüsse konkurrierenden NGOs sind bei einem Auslandseinsatz Militärs die entscheidenden Verbündeten vor Ort, um das eigene Interesse gegenüber anderen NGOs durchzusetzen. „Schutz im Tausch gegen Gehorsam vor den Militärs“ entspricht vor Ort dem notwendigen Überlebensinteresse vieler NGOs.

Über solche Kooperationen hinaus gehend sind dem Verfasser namentlich NGOs bekannt, die nachrichtendienstlich relevante Informationen an das Militär oder an Nachrichtendienste aus solchen Kriegs- und Krisengebieten gegeben haben, in denen sie vor Ausbruch von Kriegshandlungen präsent waren. Namentlich sind außerdem NGOs bekannt, die im Sommer 1998 von Belgrad aus das Außenministerium in Berlin zu einem militärischen Eingriff in den Kosovo aufforderten.

Durchaus delikater und brisanter ist auch die folgende Kooperation zwischen einer NGO und dem BND. Die in Bonn ansässige NGO Stiftung Sankt Barbara, in der der frühere Präsident des deutschen Bundesnachrichtendienstes und deutsche Außenminister Klaus Kinkel eine zentrale Rolle spielte, wurde in den 1980/90er Jahren großzügig aus Mitteln des Außenministeriums zur Minenräumung im Süden Afrikas bedacht. Bei ihren Operationen in Angola waren Agenten des BND in das dortige Team eingebaut, um die politische, militärische und wirtschaftliche Situation aufzuklären und Partnerdienstkontakte mit dortigen Sicherheitskräften aufzubauen. Nicht weniger delikater ist die Unterstützung islamistischer Terroristen während des Bosnienkriegs durch die saudische NGO Saudi Relief Committee oder die auch noch im Jahre 2004 zu verzeichnende Unterstützung islamistischer Untergrundkämpfer in Bosnien-Herzegowina durch eine NGO, die zu der in Sarajewo ansässigen iranischen Exportfirma Bedr Bosna Company gehört (Schmidt-Eenboom 2005).

² Indikativ und als zentrale ideologische Quelle für den gerade für die so genannten Transitionsländer in Osteuropa dauernd postulierten Zusammenhang zwischen Internet und Demokratie und der wichtigen Rolle, der in diesem Zusammenhang gerade den NGOs zukommt, gilt es hier auf eine wichtige Studie der Soros-Stiftung zu verweisen. Vgl. Open Society Institute (Hrsg.) (2001): *The Use of Information and Communication Technologies by Non-Governmental Organizations in Southeast Europe. A Joint Study by the Southeast Europe Initiative of OneWorld International and the Information Programme of the Open Society Institute*, Budapest: Open Society Institute.

2. NGOs in den ex-jugoslawischen Kriegen

Tabelle 1 listet für die Teilsysteme Regierungen, Medien und Militär konkrete Kooperationsbeispiele mit verschiedenartigen NGOs auf.³ Definitiv sind bei dieser Tabelle zwei Sachverhalte abzuklären. 1. Da es keine trennscharfe Definition von NGOs gibt, liegt dieser Tabelle die weit gefasste Eigendefinition von NGOs als einer sozialen Organisation jenseits von Markt und Staat zugrunde. 2. „Krieg ist Frieden“: Diese Parole prangt an der Wand eines Ministeriums für Wahrheit und ausgerechnet ein Ministerium für Frieden befasst sich in George Orwells Roman „1984“ mit dem Krieg. Wenn sich der seit dem Kosovo-Krieg im vorherrschenden Diskurs wiederum erlaubte „gerechte Krieg“ heute „humanitäre Intervention“ nennt, wenn das formal erklärte Ende eines Krieges wie in Afghanistan oder im Irak faktisch überhaupt nichts mit dem Ende von militärischen Kampfhandlungen zu tun hat und wenn die Wissenschaft inzwischen den euphemistischen Ausdruck „langanhaltende Nachkriegssituation“ (protracted crises) kreiert hat, dann gilt auch für diese Tabelle definitiv das, was eine kritische Wissenschaft freilich schon immer wusste: Die Grenzen zwischen Krieg und Nicht-Krieg sind ausgesprochen fließend.

Bei den Kriegen und Bürgerkriegen in Ex-Jugoslawien sind sowohl interne als auch externe NGOs von immens großer Relevanz für die Herausbildung von öffentlichen Meinungen und Stimmungen gewesen.

In den innenpolitischen Auseinandersetzungen in Serbien spielte und spielt die NGO Otpor eine herausragende Rolle. Hervorgegangen aus einer Studentenbewegung gründete sich Otpor (= serbisches Wort für Widerstand) 1998 in Belgrad als Antwort auf von der Regierung Slobodan Milošević erlassene Universitäts- und Mediengesetze. Zu einer politischen Organisation entwickelte sich diese Bewegung, deren Markenzeichen eine schwarze geballte Faust als Parodie auf das gleichartige bolschewistische Symbol darstellt, erst nach dem Kosovokrieg von 1999. Als Grundlage für die Otpor-Version eines „gewaltlosen Widerstands“ diente dieser Organisation Gene Sharps Buch „From Dictatorship to Democracy: A Conceptual Framework for Liberation“ (1993), dessen Übersetzung, Veröffentlichung und Verbreitung in Serbien (5.000 Exemplare) durch Gelder der amerikanischen NGO Freedom House ermöglicht wurden. (Der konservative Think Tank Freedom House wird u. a. von der Soros Foundation, der Ford Foundation, der National Endowment for Democracy, der USAID und dem State Department finanziert).

Schon bald entwickelte sich Otpor zu einem Kristallisationspunkt der serbischen Oppositionsbewegung, die schließlich im Jahr 2000 Milošević zum Sturz brachte. Dabei erhielt Otpor finanzielle, operative und logistische Unterstützung von verschiedenen Institutionen, die mit der US-Regierung verbunden sind bzw. von ihr finanziert werden (National Endowment for Democracy, United States Institute of Peace, USAID und das International Republican Institute). In Anwesenheit des Deutschen Bundestagspräsidenten verlieh die Friedrich Ebert-Stiftung ihren jährlich vergebenen Menschenrechtspreis 2001 an diese serbische NGO.

Otpors Erfolg machte die Bewegung nicht nur zu einem Vorbild für gleichartige politische Organisationen in anderen osteuropäischen Ländern, die das Ziel hatten bzw. haben, durch „gewaltlosen Widerstand“ Regierungen zu stürzen (Kmara in Georgien, Pora in der Ukraine, Zubr in Weissrussland, KelKel in Kirgistan, Oborona in Russland usw.). Vielmehr wurden die Otpor-Führer und -Ideologen zu Trainern der osteuropäischen Revolutionsführer. So flog beispielsweise das Open Society Institute der Soros-Foundation im Jahr 2003 den georgischen Oppositionsführer Mikhail Saakashvili und einige seiner jüngeren Mitstreiter nach Serbien, wo diese von Otpor-Mitgliedern unterwiesen wurden (Kmara wurde finanziert vom Freedom House, dem National Democratic Institute, der EU, dem International Republican Institute, der National Endowment for Democracy, der OSZE, USAID und dem Europarat). Führende Aktivisten von Pora in der Ukraine erhielten ebenfalls Schulungen von Otpor. Heute bildet Otpor die Kernzelle eines ganzen Netzwerks von analogen Organisationen in Osteuropa.

Ohne an dieser Stelle allzu viele Theoriediskussionen zu führen, sei kurz das höchst Problematische an den Aktivitäten von Otpor festgehalten. 1. Der Souveränitätsvorbehalt und das Verbot der Einmischung in innere Angelegenheiten ist nicht nur nach wie vor gültiges Völkerrecht, diese Prinzipien sind als rechtliche

³ Das vierte Teilsystem „Unternehmen“ aus Grafik 1 taucht in Tabelle 1 deswegen nicht auf, weil es oft bereits in den privatwirtschaftlichen Strukturen des Teilsystems „Medien“ enthalten ist.

Argumente auch deswegen hoch einzuschätzen, weil sie gerade von den USA für sich in Anspruch genommen werden. Genau in diesem Land ist eine Finanzierung von Parteien und Wahlkämpfen aus dem Ausland strikt verboten. 2. Es gibt keinerlei Bericht von dritter und unabhängiger Seite über die Finanzströme solcher NGOs wie Otpor oder Pora. 3. Vielerlei Erfahrungen sprechen dafür, dass der Wechsel von undemokratischen zu demokratischen Strukturen nur dann zu einem stabilen Systemwechsel führen kann, wenn die sozialen Kräfte, die diesen Wechsel erreichen wollen, endogener Natur sind. Besonders für den arabischen Raum lässt sich - empirisch gut abgesichert - nachweisen, dass die dort permanent von außen gesteuerten Demokratisierungsversuche dieser Länder endogen nur das Gegenteil bewirkt haben, nämlich Instabilität und soziale Unruhen (zur Ukraine Ash 2004 und Schuller 2005; zu Polen Strübin 1999).

T	Jahr	Partner	NGO/Zivilgesellschaft	Art der Kooperation
Regierungen	1999	UNICEF	Song-Gruppe „The Kelly Family“ (Köln)	in Kooperation mit vielen Sponsoren (u.a. RTL, Magic Media) Produktion der CD „Die Kinder von Kosovo“
	2002	BMZ, BMFSFJ, AA, InWent, Dienste in Übersee = 44% des Budgets von medica mondiale	medica mondiale (Köln)	1992 von Monika Hauser gegründet, engagiert sich diese NGO für Frauen als Opfer sexualisierter Gewalt nach Kriegen, besonders in Bosnien; PR-Unterstützung von Jutta Limbach, Rita Süßmuth und Christian Schwarz-Schilling ⁴
	2004	Außenministerium der US-Regierung (Washington)	Freedom House, National Democratic Institute, International Republican Institute und USAID (Washington)	Umsturz der Regierung Kutschma in der Ukraine mit einem Budget von 65 Mio. US-\$ (2003 und 2004); u. a . Finanzierung der in der Ukraine tätigen serbischen NGO Otpor, der ukrainischen NGO Pora und Aufbau von Oppositionsmedien (Gala Radio)

⁴ In Deutschland führte die Journalistin Alexandra Stiglmayer mit ihrem Artikel „Vergewaltigung als Waffe“ in Heft 42/1992 des „Stern“ die Massenvergewaltigungsdebatte in die deutsche Medienlandschaft ein. In dieser Debatte wurden Zahlen zwischen 20.000 und 60.000 Massenvergewaltigungen von muslimischen Frauen in serbischen Konzentrationslagern behandelt. Obwohl solche Zahlen seit langem als Medienhysterie entlarvt werden konnten, dienen sie der 1992 gegründeten NGO medica mondiale nach wie vor als ideologische Existenzgrundlage. Vergewaltigung von Frauen im Krieg ist *eine* Dimension, eine ganz *andere* ist die ihrer Instrumentalisierung durch Politik, Medien oder eben auch NGOs. Vgl. aus affirmativer NGO-Sicht: Hauser, Monika (1998): Die bosnischen Frauen, der Krieg und das Frauentherapiezentrum Medica Zenica, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 49-50/1998, S. 63-70; Medica Mondiale (Hrsg.) (2004): Sexualisierte Kriegsgewalt und ihre Folgen, Frankfurt: Mabuse und Stiglmayer, Alexandra (Hrsg.) (1993): Massenvergewaltigung. Krieg gegen die Frauen, Frankfurt: Fischer Taschenbuch. Vgl. dagegen die von folgenden Frauen geschriebenen ideologie- und diskurskritischen Medienanalysen: Jäger, Susanne (1996): Propaganda mit Frauenschicksalen? Die deutsche Presseberichterstattung über Vergewaltigung im Krieg in Bosnien-Herzegowina, Dipl.-Arbeit im Fach Psychologie Universität Konstanz; Ragenfeld-Feldmann, Norma von (1997): The Victimization of Women. Rape and the Reporting of Rape in Bosnia-Herzegovina 1992-1993, in: Dialogue (Paris), Nr. 21/1997, S. 3-26; Klaus, Elisabeth und Kassel, Susanne (2003): Frauenrechte als Kriegslegitimation in den Medien, in: Neissl, Julia; Eckstein, Kirstin; Arzt, Silvia und Anker, Elisabeth (Hrsg.): Männerkrieg und Frauenfrieden. Geschlechterdimensionen in kriegerischen Konflikten, Wien: Promedia, S. 13-30; Claßen, Elvi (2004): Informationsmacht oder -ohnmacht. Die Instrumentalisierung von Genderstrukturen im Krieg, in: Forum Pazifismus, Mai 2004, S. 24-32

Massenmedien	1990	PR-Firma Hill & Knowlton (New York)	Citizens for a Free Kuwait (CFK)	Gründung von CFK durch Hill & Knowlton im Auftrag der Regierung von Kuwait; Unterstützung dieser PR-Kampagne durch Amnesty International ⁵
	1994	Verlage Robert Laffont (Paris), Penguin (London) und Lübbe (Bergisch Gladbach)	Veröffentlichung des Tagebuches „Ich bin ein Mädchen aus Sarajevo“ des Mädchens Zlata Filipović; 1991 Erstveröffentlichung durch UNICEF	Pressekonferenz von Zlata Filipović in Bonn mit Rita Süßmuth und Angela Merkel; das Buch ist lange Zeit auf der Bestsellerliste des „Spiegel“; 1995 Treffen von Zlata Filipović mit Bill Clinton
	1996/97	Werbeagentur Saatchi & Saatchi (Belgrad)	Studentendemonstrationen gegen Milošević in Belgrad	Beratung der Anführer durch Saatchi & Saatchi zur kreativen Gestaltung der Demonstrationen
	2005	Internetfirmen Access Media (Los Angeles) und Ziff Davis Media (New York) unter Leitung von Jim Hake	Spirit of America (Los Angeles)	Unterstützung anti-syrischer Demonstrationen im Libanon
Militär	1996	National Defence University (Washington)	United States Institute of Peace (Washington); 1999 Budgetmittel in Höhe von 12 Mio. US-\$ vom US-Kongress	Konferenz über die Verbesserung der Kommunikations-beziehungen zwischen Militärs und NGOs
	2003	Verteidigungsministerium der Republik Mazedonien, Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF) und Regierung der Schweiz	medienhilfe (Zürich)	Konferenz in Skopje zum Thema „Medien und Militär“
	2004	Bundesministerium der Verteidigung der BRD im Rahmen des ISAF-Mandats der NATO in Afghanistan	2.262 Projekte von NGOs in der Region Kunduz in Afghanistan	zivil-militärische Kooperation zwischen Deutscher Bundeswehr und NGOs

⁵ Das internationale Sekretariat von Amnesty International (AI) in London hatte in seinem Länderbericht Irak vom Dezember 1990 die von der PR-Agentur Hill & Knowlton gegen Honorar erfundene Geschichte von der Ermordung kuwaitischer Babies durch irakische Soldaten, die den Babies die Brutkästen weggenommen und sie dann auf dem Fußboden sich selbst überlassen hätten, als authentisch übernommen. Erst im folgenden Länderbericht Irak vom April 1991 distanzierte sich das Londoner Sekretariat von AI von diesen Anschuldigungen gegen irakische Soldaten. Die Brutkastengeschichte „hätte nicht aufrecht erhalten werden können“, ihre Grundlage seien „vage Berichte“ gewesen und es habe keine „harten Beweise“ gegeben (AI 1991). Die genauen Daten sind in diesem Zusammenhang wichtig: Genau zwischen Dezember 1990 und April 1991 begann der US-Krieg gegen den Irak wegen der Kuwait-Invasion. Und als sich der US-Senat am 12. Januar 1991 mit Mehrheit für einen Krieg gegen den Irak aussprach, sich mehrere US-Senatoren dabei auch auf die „Brutkastengeschichte“ bezogen, konnten sich diese u. a. auch auf Amnesty International berufen. Zwischen 2002 und 2004 richtete ich mehrere schriftliche Anfragen an AI in London, Washington und Berlin und bat um Beantwortung der folgenden drei Detailfragen. 1. Wann begann die Kooperation zwischen AI und Hill & Knowlton? 2. Wann genau endete sie und aus welchen Gründen? 3. Wie hat AI diese Kooperation nachträglich evaluiert und welche Vorsichtsmaßnahmen hat AI entwickelt, damit sich ein vergleichbarer Vorgang nicht wiederholen kann? Auf keine meiner Fragen erhielt ich eine Antwort.

Kann man Otpor (noch sehr wohlwollend) als endogene NGO einordnen, so gilt das nicht für die vielen NGOs aus Europa und den USA, die seit Anfang der neunziger Jahre im Gebiet von Ex-Jugoslawien tätig wurden. Allein 463 humanitäre NGOs engagierten sich 1998 auf dem kleinen Territorium von Bosnien-Herzegowina und in Serbien waren im Herbst 2005 nach Angaben der in Belgrad tätigen NGO Zentrum für die Entwicklung des *non profit*-Sektors wenigstens 1.000 NGOs tätig.⁶ Rechnet man solche Zahlen z.B. auf die Zahl der Einwohner um, kommt man durchaus in absurde Dimensionen. Für ausländische NGOs in Ex-Jugoslawien und gerade für deren Medienprojekte gilt folgendes: Aus endogener Sicht entspricht dem Überangebot von NGOs das Interesse der lokalen Eliten nach einfacher, schneller, korrupter und räuberischer Rentenaneignung. Bei Abwesenheit von Marktwirtschaft sind Entwicklungshilfe- und NGO-Projekte in Ex-Jugoslawien zu wesentlichen Säulen einer Rentenökonomie geworden (Menzel 2003). Aus exogener Sicht erfüllen Balkanprojekte eine Stabilisierungsfunktion für NGOs. Deren „hilflose Helfer“ (Schmidbauer 1992) brauchen zu ihrer Existenzberechtigung soviel Projekte in Ex-Jugoslawien wie möglich. „Donor driven“ und von außen verursacht hat der Kosovo (ein Gebiet so klein wie das Saarland) die höchste Radiodichte pro Kopf der Bevölkerung in ganz Europa!

Auf dem Arbeitsgebiet „Medienhilfe“ hat sich in Ex-Jugoslawien mit mehreren NGOs insbesondere die Schweiz hervor getan. Deren Aktivitäten sollen hier kritisch beleuchtet werden.

a. Fondation Hironnelle (FH)

1994 von Mitgliedern der NGO Reporter ohne Grenzen gegründet und der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) der Schweiz nahe stehend hat sich die NGO Fondation Hironnelle (FH) mit Sitz in Lausanne auf Medienprojekte in Nachkriegssituationen spezialisiert. Mit finanzieller Unterstützung des Departement für Entwicklungszusammenarbeit (DEZA) führte sie ihr erstes Projekt „Radio Agatashya“ im Wert von 2,9 Mio. Schweizer Franken im Gebiet der Großen Seen in Afrika durch. „Agatashya“ strahlte seine Sendungen in einem Flüchtlingslager von Bukawu im damals zairischen Grenzgebiet aus. Nach nur kurzer Laufzeit musste die FH dieses Projekt 1997 wegen vielfältiger und bis heute ungeklärter Organisationskonflikte vor Ort als Projektruine abbrechen (Musy 1999; Deza 1999).

Schon bald nach dem Ende des Kosovo-Krieges wurde die FH mit dem Aufbau von Radio Blue Sky im Kosovo beauftragt. Von der DEZA mit einem Betrag in Höhe von 1,42 Mio. Schweizer Franken finanziert, kann bis heute nicht eindeutig recherchiert werden, wer genau für dieses Projekt initiativ war, die FH, die UNMIK oder die DEZA. Unklar ist bis heute auch, was genau der Projektinhalt des Vertrages zwischen der UNMIK und der DEZA war. Ging es ursprünglich um den Aufbau eines Radiosenders, wurde das Projekt aber zunächst nur als Radioproduktionsstudio realisiert, dies unter anderem deswegen, weil es erhebliche Konflikte zwischen dem UNMIK-Radio der FH, der in der Schweiz um dieselben Gelder bei der DEZA konkurrierenden Zürcher NGO Medienhilfe Ex-Jugoslawien (Brunner 2000) und der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Radio-Television-Kosovo (RTK) der OSZE gab. Nach nicht einmal einem Jahr Eigenständigkeit wurde Radio Blue Sky in den von der OSZE favorisierten öffentlich-rechtlichen Sender RTK integriert und in dieser Form von der DEZA bis 2005 teilfinanziert. Innerhalb der Schweizer Publizistik wurde die Arbeit von Radio Blue Sky sehr kontrovers beurteilt. Die häufigsten Vorwürfe waren, dass dieses Radioprojekt an den kulturellen und sozialen Bedürfnissen der Menschen vor Ort vorbei ginge, dass es kaum Zuhörer habe und dass gerade die serbische Bevölkerung dieses Projekt trotz oder gerade wegen seiner multi-ethnischen Sendungen immer abgelehnt habe (Odehnal 2000).

In den ersten Jahren ihrer Existenz lebte die Fondation Hironnelle im wesentlichen von finanziellen Zuwendungen der DEZA, also der Schweizer Regierung. Wie intim die politischen Beziehungen zwischen der FH und der DEZA sind, mag man u. a. daran ablesen, dass mit J. - F. Giovanni der ehemalige stellvertretende Direktor der DEZA im Stiftungsrat der FH sitzt. Finanziell konnte sich die FH inzwischen von der Schweizer Regierung emanzipieren. Große Finanzbeträge kommen seit 2000 auch von den Regierungen der USA, der Niederlande, Schwedens, Großbritanniens, Japans, Kanadas, Norwegens, Deutschlands und der Staatlichen Agentur für die Frankophonie, der EU und des UNHCR. Im Jahresbericht 2003 der FH tauchen mit dem Nestlé-Konzern und der Swisscom erstmals

⁶ Das Internetportal „SEE Online“ (www.southeasteurope.org) gibt einen ersten guten Überblick über NGOs in Südosteuropa. Es bietet auch eine NGO-Datenbank von NGOs in Ex-Jugoslawien an.

privatwirtschaftliche Geldgeber auf. In diesem Geschäftsjahr verfügte FH über einen Haushalt von rd. 4,5 Mio. Schweizer Franken.

b. Medienhilfe Ex-Jugoslawien (mh)

1993 als Verein gegründet, war die NGO Medienhilfe Ex-Jugoslawien (mh) in Zürich (seit 2002 nur noch Medienhilfe) zunächst im vor-professionellen Raum ehrenamtlich mit Geldsammlungen für Medienprojekte im früheren Jugoslawien tätig. Seit dem Kriegsausbruch im Kosovo 1999 professionalisierte sich diese NGO mehr und mehr. Die mh wird vor allem von der politischen Abteilung IV (Menschliche Sicherheit) des Schweizer Außenministeriums finanziert. Gegenwärtig erhält sie jährlich einen Betrag von rd. 0,5 Mio. Schweizer Franken vom Außenministerium in Bern. Im Beirat der mh sitzen insgesamt 21 National- und Ständeräte aus der Schweiz. Das Haushaltsvolumen der mh lag 2003 bei rd. 1,5 Mio. Schweizer Franken. Für dieses Jahr tauchten als Finanziere der mh außerdem die Soros-Stiftung, die National Endowment for Democracy (NED) und das Deutsche Außenministerium auf. Im folgenden Jahr ging die mh verstärkt auf Donatoren aus der privaten Wirtschaft zu.

Mit vielen Projekten ist die mh seit nun mehr als zehn Jahren in allen Ländern des Balkan präsent. In Ex-Jugoslawien hat die mh Medien aller Art unterstützt. In den Anfangsjahren waren es noch vermehrt Printmedien, später dann vor allem Radios und Fernsehstationen. Aufgrund zum Teil sehr intimer Länder- und Kulturkenntnisse hat die mh viele kleine sinnvolle Medienprojekte im Rahmen von „peacebuilding“ und Demokratisierung unternommen. Realistisch und historisch und soziologisch zutreffend geht die mh auch davon aus, dass der Kosovo nie eine multiethnische Gesellschaft war und insofern dort das Projektziel, ein multiethnisches Medium aufzubauen, nicht sinnvoll sei.

Mehr als kritisch gilt es bei der mh allerdings den Freiheitsbegriff zu hinterfragen. Die Züricher mh unterstützt grundsätzlich nur privatwirtschaftliche Medien, weil sie davon ausgeht, dass es nur bei dieser Organisationsform von Medien eine Freiheit von Zensur und Bevormundung geben könne. Ganz offensiv lehnt die mh öffentlich-rechtliche oder gar kommunale Organisationsformen für eine neue Medienlandschaft auf dem Balkan ab. Mit diesem restringierten Freiheitsverständnis einer „Freiheit von“, nie aber einer „Freiheit für“ übernimmt die mh einen - so möchte man sagen - US-amerikanischen und neo-liberalen Freiheitsbegriff, wie er - nicht zufällig - zur politischen Philosophie von George Soros und seinen zahlreichen Medien- und Internetprojekten überall in Ost- und Südosteuropa passt (Soros 2001) und mit dessen Netzwerk sie kooperiert. Anders formuliert: Eine der Öffentlichkeit verpflichtete NGO mh leistet massiv einer Privatisierungsstrategie von Medien Vorschub und entfernt sich damit eigentlich von ihrem Selbstverständnis als NGO und gemeinnützigem Verein des öffentlichen Rechts.

Zusammenfassend bleibt für die Aktivitäten von FH und mh und die der Schweizer Regierung in Ex-Jugoslawien jenseits der Legitimitätsfrage eines von außen induzierten sozialen Wandels kritisch festzuhalten. 1. Trotz eines gegenteiligen ersten Anscheins ist bei beiden NGOs von außen keine Transparenz in deren Finanzströme zu erhalten. 2. Beide NGOs sind weder in ihren Selbstdarstellungen noch bei Kontaktaufnahme zu Selbstkritik fähig. 3. Keines der in Ex-Jugoslawien durchgeführten Medienprojekte wurde (obwohl größtenteils öffentlich finanziert) jemals von dritter Seite evaluiert.⁷

⁷ Die Nicht-Evaluierung solcher von der öffentlichen Hand an NGOs vergebenen Medienprojekte scheint System zu haben. Im Zusammenhang mit meinem von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) von 2002 bis 2004 geförderten Projekt „Die Informationskriege um den Balkan seit 1991“ erbat ich Ende 2002 vom Deutschen Außenministerium (AA) (Referat 602 - Medien und Kulturprogramme) eine komplette Übersicht über die von Deutschland organisierten Projekte zur Medienförderung im Balkan (Tisch 1 im Balkanstabilitätspakt). Weder erhielt ich diese Gesamtübersicht noch konnte oder wollte man mir eine Konzeptionsstudie für alle diese Projekte geben. Befragt nach Evaluierungen dieser Projekte in immerhin jährlicher Höhe von rd. 3 Mio. Euro, antwortete man mir, dass es Projektevaluierungen nicht gebe, dass auch der Bundesrechnungshof ein solches Fehlen schon bemängelt habe und ob ich nicht selber eine solche Evaluierung für das AA übernehmen könne. Ende 2003 wurden schließlich einige dieser deutschen Projekte von Tisch 1 von einem externen Gutachter evaluiert. Allerdings verweigerte man mir auf erneute Nachfrage einen Einblick in dessen Gutachten. Zum Vergleich: Als Evaluator von Medienprojekten einer deutschen politischen Stiftung kam ich 1985 zu dem Ergebnis, dass nur 15% aller untersuchten Projekte die selbst angestrebten Ziele erreicht hatten. Eine (hausinterne) Evaluation aller Medienprojekte der UNHCR, die gerade bei Praktikern eine sehr gute Reputation für effektive und zugleich sozial und kulturell sensible Projekte hat, ergab für deren Projekte zwischen 1981 und 1986 eine Erfolgsrate von rd. 50%.

Wie zu zeigen versucht, gab und gibt die Tätigkeit der beiden Schweizer Medien-NGOs auf dem Balkan genügend Anlass zu vielen kritischen Fragezeichen. Solche Fragezeichen nehmen zu, geht man auf zwei weitere ausgesprochen fragwürdige Ereignisse der Schweizer Medienpolitik im Kosovo ein.

1. Per 1. Oktober 1999 übernahm Eric Lehmann, Präsident der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG), das Amt eines Generaldirektors der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Radio-Television-Kosovo (RTK). Gleichzeitig behielt er sein Amt als Präsident der SRG bei. Nach nur neun Monaten gab Lehmann sein Amt im Kosovo wieder auf. Während es in der Schweizer Publizistik rumorte, die Schweizer Regierung habe Lehmann wegen anderer Konflikte aus dem innenpolitischen Schussfeld genommen und ihn vorübergehend „im Ausland geparkt“, unterstellt ihm Richard Dill, dessen deutscher Vorgänger im Amt eines RTK-Generaldirektors, „Abenteuerlust“ und bezweifelt, man könne parallel zueinander und verantwortungsvoll Direktor von zwei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sein (Dill 2003, 149). Trotz Unkenntnis weiterer Details spricht die gesamte Angelegenheit nicht für eine professionelle Medienprojektpolitik.
2. Dass Mitte März 2004 im Kosovo Unruhen mit 33 pogromartigen Krawallen ausbrachen, 19 Menschen getötet und 900 Menschen verletzt wurden, dass mehr als 700 Häuser von Serben und Roma, dass 30 serbisch-orthodoxe Kirchen und zwei serbisch-orthodoxe Klöster zerstört wurden, hängt maßgeblich mit der verheerenden Rolle zusammen, die die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt Radio-Television-Kosovo (RTK) bei diesen Konflikten spielte: Obwohl der Vorgang noch völlig unklar war, hatte RTK am Vorabend der Ausschreitungen die Meldung verbreitet, dass bei Caber drei albanische Kinder von Serben getötet worden seien. In seiner Untersuchung über die Berichterstattung über diese Ausschreitungen macht Robert Gillete, Temporary Media Commissioner im Kosovo, RTK den Vorwurf, die Berichterstattung sei „völlig falsch“ und „feuergefährlich“ gewesen und hätte eine „explosive Atmosphäre“ und „patriotische Hysterie“ hervorgerufen (Gillete 2004, 8ff.). Abgeschwächt im Ton kommt eine OSZE-Studie zum gleichen Thema dennoch zur selben Kritik an der RTK (Gashi 2004) wie die Studie von Robert Gillete. Und wichtig ist der Hinweis, dass RTK zum damaligen Zeitpunkt noch stark von der Schweiz finanziert und kontrolliert wurde.

3. „Die Nato als militärischer Arm von amnesty international“

Anlässlich des dreißigjährigen Bestehens der OSZE veranstaltete die NGO Helsinki Federation for Human Rights in der Wiener Hofburg am 9. September 2005 eine Konferenz. Einer ihrer führenden Vertreter sagte aus diesem Anlass mit großem Nachdruck: „We are the representatives of the civil society!“ Das klang wie: „Wir sind das wahre Sprachrohr des Volkes!“ Genau diese immer stärker um sich greifende Vermischung von Interesse geleiteten NGOs mit einem unterstellten *volonté général* ist das erschreckende Ergebnis eines höchst ideologischen Neusprech der letzten dreißig bis vierzig Jahre. Weder bei der Frage nach einer äußeren Legitimation (etwa durch Wahlen), noch bei der nach einer inneren Legitimation (etwa durch Formen innerparteilicher Demokratie) schneiden NGOs besser als andere Gruppen ab. Bezüglich der finanziellen Transparenz bescheinigt eine Pressemeldung der alternativen Nachrichtenagentur IPS von 2003 den NGOs sogar, dass ihr Finanzgebaren undurchsichtiger als das von großen multinationalen Konzernen sei (IPS 2003).

Soziologisch gesprochen handelt es sich bei NGOs um völlig normale Lobbygruppen, vergleichbar einem Verband der Aluminiumproduzenten oder einem Zusammenschluss südfranzösischer Winzer. NGOs konkurrieren untereinander um Geld und Spenden (Knaup 1996; Priller/Sommerfeld 2005; Polman 2005) und um öffentliche Aufmerksamkeit. Genau dieses aber sind die wesentlichen Gründe dafür, weshalb es ihrem Interesse entspricht, Katastrophen und Kriege zu verlängern. Je größer die von den Medien dargestellte Katastrophe (Krieg) erscheint, desto höher ist das Spendenaufkommen für die NGOs. (Man denke hier z.B. an die Sondersendungen „Helft den Opfern des Krieges“ in der ARD während des Kosovokrieges oder während der Tsunami-Katastrophe Ende 2004/Anfang 2005.) Es besteht daher ein großes Interesse von NGOs daran, die Medienberichterstattung über Katastrophe/Krise oder einen Krieg

„anzuheizen“. Rony Brauman, früher bei Ärzte ohne Grenzen in Frankreich, beschreibt diesen Mechanismus folgendermaßen: „Den Opfern eine ‚helfende Hand‘ reichen heißt, die mörderische Logik eines Systems zu akzeptieren, das ein paar Überlebende zurücklässt, wie um unseren Wertehunger zu stillen. [...] Das Spektakel der Hilfe ist mittlerweile an die Stelle der Politik getreten, die punktuelle Linderung des Leidens ersetzt in unserer Fernsehgesellschaft den Kampf gegen das Böse“ (Brauman 1995, 26f.).

Armin Stickler kommt in seiner umfangreichen und erfreulich kritischen Dissertation über NGOs zu folgenden Resultaten: Gegen ihr eigenes Selbstbild

„lassen sich NGOs [...] als Diffusionsagenten der ‚Rationalisierung der Welt‘ auffassen, die die kontingenzvernichtende Implementierung weltkultureller Prinzipien befördern. Sämtliche Unterstellungen an NGOs, sie seien am Abbau weltgesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse interessiert, greifen daher nicht nur ins Leere, das Gegenteil ist der Fall: NGOs sind maßgeblich daran beteiligt, durch die bewusste Akzeptanz und Reproduktion der globalen, kulturellen und diskursiven Ordnung weltgesellschaftliche Herrschaft zu verfestigen. [...] Entgegen den *potentiell* systemsprengenden Möglichkeiten von sozialen Bewegungen sind NGOs in ihrer Gesamtheit maßgebliche Vermittler der universalistisch-ideologischen Grundstruktur der Moderne“ (Stickler 2005, 354f.).

Hatte Stickler in seiner Arbeit noch eine Diskussion über das Verhältnis von NGOs zu Krieg völlig ausgespart, so muss dessen kritische Einordnung von NGOs als wesentlichen Interessenten an der Aufrechterhaltung weltgesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse mit dem Material und den Argumenten dieses Aufsatzes um die ja nun keinesfalls irrelevante Dimension „Krieg“ erweitert werden. Hätte die organisierte Friedensforschung in Österreich und Deutschland auch nur ein kleines historisches kollektives Gedächtnis, dann dürfte sie über eine solche Schlussfolgerung alles andere als überrascht sein.

1967 veröffentlichte Johan Galtung seinen Aufsatz „After Camelot“. In dieser Arbeit kritisierte er das von der US-amerikanischen Regierung und der CIA unter Beteiligung von US-amerikanischen Sozialwissenschaftlern erarbeitete „Projekt Camelot“, das soziale Veränderungen in Lateinamerika so vorbereiten sollte, dass dort revolutionären und kommunistischen Bewegungen der Boden unter den Füßen weggezogen würde. Galtung kritisierte in seiner Arbeit vor allem die Rolle der Sozialwissenschaftler aus den USA, denen er wissenschaftlichen Kolonialismus vorwarf (Galtung 1979). Ersetzt man aus dem Kontext von „Projekt Camelot“ den damals dort benutzten negativen Begriff „insurgent“ mit dem heute gängigen Begriff „Terrorist“ und/oder „Schurkenstaat“ und hält diesem Negativbegriff das positiv besetzte Bild des Sozialingenieurs gegenüber, sei es damals der Sozialwissenschaftler, sei es heute die NGO, dann bleiben die grundsätzlichen Konflikte, um die es geht, die gleichen.

Qualitativ neu ist es freilich, dass NGOs seit dem Kosovo-Krieg dazu übergehen, bestimmte Formen kriegereischer Gewalt positiv zu werten. Hatten bereits wichtige Vertreter der Friedensforschung dem Völkerrechtsbruch der NATO im Kosovo zugestimmt (Senghaas 1999, 12), so berichtete im Herbst 2003 z. B. ein Editorial der deutschen Sektion von Amnesty International von folgender Diskussion: „Amnesty International hat [...] auf ihrer Internationalen Ratstagung in Mexiko beschlossen, zu prüfen, ob sie künftig die Anwendung militärischer Gewalt zur Verhinderung von massiven Menschenrechtsverletzungen im Einzelfall auch unterstützen will“ (Müller 2003, 3). In enger Kooperation mit der bereits erwähnten Brüsseler NGO International Crisis Group befürwortet eine der weltweit größten und wichtigsten NGOs, nämlich Oxfam aus England, seit langem schon den Einsatz militärischer Gewalt. Zur Vorbereitung des Millenniums-Gipfels der UN im September 2005 formulierte Oxfam, dass bei „Völkermord oder vergleichbaren Gräueltaten“ „die Staatengemeinschaft“ „letztendlich auch unter Anwendung militärischer Gewalt“ eingreifen können müsse (Oxfam 2005).

Weitsichtig hatte der Münchener Soziologe Ulrich Beck bereits während des Kosovo-Krieges geschrieben: „Die NATO handelt sozusagen als militärischer Arm von amnesty international: Vernunft soll herbei gebombt werden“ (Beck 1999, 17). Man kann die Militarisierung der NGOs wie Beck einfach nur nüchtern-deskriptiv beschreiben. Man kann diese neue Allianz von Militär und NGOs aber mit guten Gründen auch kritisch werten, so wie es z. B. die kanadische Ethnologin Mariella Pandolfi tut. Was man freilich nicht länger kann, ist so zu tun, als gäbe es diese Allianz nicht. Pandolfi spricht aufgrund ihrer

Untersuchungen über die Tätigkeit von NGOs in Albanien und dem Kosovo von einer „Menschenrechtsindustrie“, von „gemeinsamen militärisch-ökonomisch-humanitären Aktionen“ und davon, dass „Militärstreitkräfte in Kooperation mit multi- und bi-lateralen Organisationen eine neuartige Form transnationaler Herrschaft“ mit „herum vagabundierender Souveränität“ entwickeln würden (Pandolfi 2000).

Literatur

- (AI) (1991): Statement contains the findings of an Amnesty International fact-finding visit to Kuwait and an update to Amnesty International's December 1990 report, Iraq/Occupied Kuwait: Human rights violations since 2 August 1990, London: Amnesty International, April 19, 1991 [mimeo].
- Ash, Timothy Garton (2004): Mittel und Wege. Wie baut man eine Demokratie auf?, in: Süddeutsche Zeitung, 22. Dezember 2004, S. 13.
- Beck, Ulrich (1999): Der militärische Euro. Humanismus und europäische Identität, in: Süddeutsche Zeitung, 1. April 1999, S. 17.
- Brauman, Rony (1995): Hilfe als Spektakel. Das Beispiel Ruanda, Berlin: Rotbuch.
- Brunner, Roland (2000): Eine Schwalbe macht noch keinen Frühling, in: <http://archiv.medienhilfe.ch/News/Archiv/2000/fragezeichen.htm> (29. September 2004).
- Claßen, Elvi (2004): Informationsmacht oder -ohnmacht. Die Instrumentalisierung von Genderstrukturen im Krieg, in: Forum Pazifismus, Mai 2004, S. 24-32.
- DEZA (Departement für Entwicklungszusammenarbeit) (1999): Gegendarstellung, in: WochenZeitung, 26. August 1999:
- Dezalay, Yves und Garth, Bryant (2005): Kaderschmieden der Entwicklungspolitik. Eliteuniversitäten, NGOs und Chefbanker, in: Le Monde Diplomatique (dt. Ausgabe), Juni 2005, S. 23.
- Dill, Richard (2003): Neue Demokratien - neuer Rundfunk. Erfahrungen mit der Medientransformation in Osteuropa, Münster: Lit-Verlag.
- Franck, Georg (1998): Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf, München: Hanser.
- Galtung, Johan (1997): After Camelot, in: Galtung, Johan: Papers on Methodology. Vol. II: Essays in Methodology, Copenhagen: Ejlers, S. 180-193.
- Gashi, Dardan (2004): The Role of the Media in the March 2004 Events in Kosovo, Vienna: OSCE. The Representative on Freedom of the Media [mimeo].
- Gillette, Robert (2004): The Role of the Media in the March 2004 Events in Kosovo, Pristina: Temporary Media Commissioner [mimeo].
- Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt: Suhrkamp.
- Hauser, Monika (1998): Die bosnischen Frauen, der Krieg und das Frauentherapiezentrum Medica Zenica, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Nr. 49-50/1998, S. 63-70.
- Herkendell, Beate (2003): Robin, Tobin und die Gipfelstürmer. Sie sind das gute Gewissen, wenn der Staat versagt: Nicht-Regierungsorganisationen sind wichtiger denn je - die Politik reagiert zwiegespalten, in: Frankfurter Rundschau, 17. Dezember 2003, S. 31.
- Housch, Stephan und Klenk, Volker (2002): NGOs werden internationale Super-Marken. Studie zeigt: Wirtschaft muß mit NGOs kooperieren, in: Public Relations Forum, Nr. 4/2002, S. 138-139.
- IPS (2003): Sind NGOs undurchsichtig?, in: Kommunikation Global, Februar 2003, S. 4.
- Jäger, Susanne (1996): Propaganda mit Frauenschicksalen? Die deutsche Presseberichterstattung über Vergewaltigung im Krieg in Bosnien-Herzegowina, Dipl.-Arbeit im Fach Psychologie Universität Konstanz.
- Jordan, A. G. (2001): Shell, Greenpeace and the Brent Spar, Basingstoke: Palgrave.
- Klaus, Elisabeth und Kassel, Susanne (2003): Frauenrechte als Kriegslegitimation in den Medien, in: Neissl, Julia; Eckstein, Kirstin; Arzt, Silvia und Anker, Elisabeth (Hrsg.): Männerkrieg und Frauenfrieden. Geschlechterdimensionen in kriegerischen Konflikten, Wien: Promedia, S. 13-30.
- Knaup, Horand (1996): Hilfe, die Helfer kommen. Karitative Organisationen im Wettbewerb um Spenden und Katastrophen, München: Beck.

- Marx, Karl (1953): Die Frühschriften, hrsg. von Siegfried Landshut, Stuttgart: Kröner.
- Medica Mondiale (Hrsg.) (2004): Sexualisierte Kriegsgewalt und ihre Folgen, Frankfurt: Mabuse.
- McKinsey, stern, T-Online und ZDF (2003): Perspektive Deutschland. Kurzbericht 2003, Berlin: McKinsey 2003.
- Menzel, Ulrich (2003): Der Krieg um die Rente, in: Frankfurter Rundschau, 28. November 2003, S. 8.
- Müller, Kai (2003): Grundsatz-Entscheidung, in: ai-journal, Nr. 10/2003, S. 3.
- Musy, Jean (1999): Schwalbe im Kosovo, in: WochenZeitung, 29. Juli 1999.
- Odehnal, Bernhard (2000): Wie sag ich's meinem Feind? Die Schweiz finanziert in Pristina ein freies Radio, die Kosovaren hören weg, in: Die Weltwoche, 4. Mai 2000.
- Ondracek, Christian (2001): Kriegsberichterstattung: Official Source Industry, in: Message, Nr. 2/2001, S. 112-117.
- Open Society Institute (Hrsg.) (2001): The Use of Information and Communication Technologies by Non-Governmental Organizations in Southeast Europe. A Joint Study by the Southeast Europe Initiative of OneWorld International and the Information Programme of the Open Society Institute, Budapest: Open Society Institute.
- Orwell, George (1950): 1984, Baden-Baden: Diana.
- Oxfam (2005): http://www.oxfam.de/a_zusatzseite.asp?id=79 (23. September 2005).
- Pandolfi, Mariella (2000): L'industrie humanitaire: une souveraneté mouvante et supracoloniale. Réflexion sur l'expérience des Balkans, in: Multitudes. Une revue trimestrielle, politique, artistique et culturelle, Nr. 3/2000, S. 97-105.
- Polman, Linda (2005): Der Hilfe-Supermarkt. Humanitäre Organisationen, Geschäfte, Medien und Kriegsparteien, in: Lettre International, Sommer 2005, S. 25-32.
- Priller, Eckhard und Sommerfeld, Jana (2005): Wer spendet in Deutschland?, in: WZB-Mitteilungen, Juni 2005, S. 36- 39.
- Ragenfeld-Feldmann, Norma von (1997): The Victimization of Women. Rape and the Reporting of Rape in Bosnia-Herzegovina 1992-1993, in: Dialogue (Paris), Nr. 21/1997, S. 3-26.
- Rossmann, Torsten (1992): Die Pressearbeit der Umweltschutzorganisation Greenpeace, Hamburg: Institut für Politikwissenschaft der Universität Hamburg.
- Schiller, Herbert I. (1975): The Diplomacy of Cultural Domination and the Free Flow of Information, in: Instant Research on Peace and Violence, Nr. 2/1975.
- Schmidbauer, Wolfgang (1992): Hilfloze Helfer. Über die seelische Problematik der helfenden Berufe. Überarb. und erw. Neuausgabe, Reinbek: Rowohlt.
- Schmidt-Eenboom, Erich (2004): Geheimdienst, Politik und Medien. Meinungsmache Undercover, Berlin: Homilius Verlag.
- Schmidt-Eenboom, Erich (2005): Mdl. Gespräch mit dem Verfasser am 20. September 2005.
- Schrader, Lutz (2000): NGOs - eine neue Weltmacht? Nichtregierungsorganisationen in der internationalen Politik, Potsdam: Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung.
- Schubert, Bianca (2000): Shell in der Krise. Zum Verhältnis von Journalismus und PR in Deutschland dargestellt am Beispiel der „Brent Spar“, Münster: Lit-Verlag.
- Schuller, Konrad (2005): Der Westen und die Revolution im Osten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. September 2005, S. 8.
- Senghaas, Dieter (1999): Recht auf Nothilfe?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Juli 1999, S. 12.
- Sharp, Gene (1993): From Dictatorship to Democracy: A Conceptual Framework for Liberation, Boston: Albert Einstein Institute.
- Soros, George (2001): Die offene Gesellschaft: für eine Reform des globalen Kapitalismus, Berlin: Fest-Verlag.
- Stickler, Armin (2005): Nichtregierungsorganisationen, soziale Bewegungen und Global Governance. Eine Bestandsaufnahme des Diskurses und Kritik aus der Perspektive einer Theorie der „organisierten Weltgesellschaft“, Diss. rer. soc. Wuppertal.
- Stiglmayer, Alexandra (Hrsg.) (1993): Massenvergewaltigung. Krieg gegen die Frauen, Frankfurt: Fischer Taschenbuch.

- Strübin, Michael (1999): Ist Zivilgesellschaft käuflich? Wie Demokratie und Politik hautnah und unmittelbar erlebbar gemacht werden. Über die Arbeit von DemNet am Beispiel Polen, in: Frankfurter Rundschau, 25. September 1999, S. 19.
- SustainAbility Ltd. (2003): The 21st Century NGO. In the Market for Change, London: SustainAbility.
- Take, Ingo (2002): NGOs im Wandel. Von der Graswurzel auf das diplomatische Parkett, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Trento, Susan B. (1992): The Power House. Robert Keith Gray and the Selling of Access and Influence in Washington, New York: St. Martin's Press.
- Wilhelm, Markus (1997): Kauf dir eine Volksabstimmung, in: Foehn, Heft 23-24/1997, S. 3-137.
- Ziegler, Jean (2005): Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, München: Goldmann.

Quelle: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) (Hrsg.): Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg. Von den gesellschaftlichen Verwerfungen der neoliberalen Globalisierung zu den weltumspannenden politischen Ansätzen jenseits des Casinokapitalismus. 2. Aufl., Wien und Münster: LIT-Verlag 2006, S. 165-187.